



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPD Fraktion im Rat der Stadt Marienmünster

## **Haushaltsrede der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Marienmünster** Beschlussfassung der Haushaltssatzung am 31. Januar 2018.

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Klocke,  
meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Marienmünster,*

am Anfang meines Statements zum Haushalt der Stadt Marienmünster 2018 möchte ich Ihnen die Grüße des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Wittek übermitteln. Die Gründe seines Fehlens heute und in den vergangenen Wochen sind Ihnen weitgehend bekannt. Viele gute Wünsche von Ihnen, meine Damen und Herren, haben ihn erreicht. Ich glaube, wir sind einig darin, dass er sich die Zeit, die er zur vollen Gesundung braucht, nehmen soll – und dass wir uns freuen würden, wenn Klaus Wittek danach genesen in unsere nicht immer freundlich-harmonische, aber engagierte Runde zurückkehrt.

Wenn jemand unvorhergesehen in einer wichtigen Phase nicht dabei sein kann, merken die Anderen, wie viel Arbeit diese Person in den Vorjahren geleistet hat. Das ist gute Gelegenheit Allen Respekt zu zollen, die Jahr für Jahr ehrenamtlich die politische Haushaltsberatung vorbereiten und gestalten. Wenn dabei fair und konstruktiv gestritten wird, umso besser.

Die SPD-Fraktion konnte aufgrund ihrer personellen Situation nicht jedes Detail in aller Tiefe beraten. Die Verwaltung – konkret: Bürgermeister Robert Klocke, Josef Suermann und Kämmerer Gregor Meier – haben in angemessener Weise Unterstützung gegeben. Vielen Dank dafür. Die SPD hat den Haushalt in seinen öffentlichen Teilen auch im Ortsverein beraten und viele hilfreiche Hinweise bekommen. – Tenor: Manches ist richtig und wichtig. Es ist jedoch nicht alles Gold, was glänzt. Das war in den Vorjahren aber auch nicht anders.

Der Haushaltsentwurf 2018 mit den hier bis zuletzt in den Ausschüssen beratenen Änderungen fügt sich in die Reihe der Haushalte der letzten Jahre ein. Vieles ist dazu in den vergangenen Wochen seit der Einbringung gesagt worden – von Bürgermeister Klocke, in den Beratungen seitens der Fraktionen. Sehr weit liegen unsere Einschätzungen wohl nicht auseinander. Der Haushalt ist solide finanziert und gibt gute Antworten auf Fragen der Gegenwart. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt zu. An dieser Stelle machen wir es nicht spannend.

Aber wir geben einige Hinweise, die mittel- und langfristige Entwicklungen betreffen, die nicht alle befriedigend in diesem Haushalt, in dieser Momentaufnahme berücksichtigt worden sind. Zunächst ein ganz grundsätzlicher Hinweis:

„In Zeiten knapper Kassen“ ist eine oft bemühte Redewendung, wenn es um öffentliche Haushalte geht. Mahnend wird dabei der imaginäre Zeigefinger erhoben. Nicht immer, manchmal jedoch ist diese wie andere scheinbar harmlose Wendungen auch so gemeint wie sie oft bei den Zuhörerinnen und Zuhörern, bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt – belehrend! „Stellt keine Forderungen! Seid ruhig! Dafür ist kein Geld da!“ Dahinter wiederum steckt nicht selten die destruktive Lobby des Neoliberalismus, in dessen Folge die Einkommensschere zwischen Armen und Reichen in Deutschland immer größer geworden ist. Eine Handvoll Leute häuft einen Riesenanteil des materiellen Vermögens an. Diese Kapitalismuskamele verhöhnern die christliche Metapher mit dem Nadelöhr.

„In Zeiten knapper Kassen“ – keine Frage, auch uns ist diese Redewendung schon das eine oder andere Mal rausgerutscht. Diese Formulierung hatte bestimmt auch mal realistische, nachvollziehbare Bezüge. Sie ist aber zu einer Phrase verkommen, die gar nicht mehr hinterfragt wird. Viele Frauen und Männer aber lassen uns solche rhetorischen Nullnummern nicht mehr durchgehen: nicht in den Kirchen, nicht in den Gewerkschaften, nicht in den Parteien und nicht in den demokratischen parlamentarischen Gremien – nicht in der Kommune, nicht in den Ländern und nicht auf Bundesebene. Ob dort eine sogenannte „GroKo“ wieder lebensnähere und soziale Antworten geben kann, ist genauso offen wie die Frage, ob diese „GroKo“ überhaupt zustande kommt. Jedenfalls ist die Forderung berechtigt, dass den Kommunen für ihre wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Nichts im wirtschaftlichen Leben ist asozialer als die Steuerflucht der Superreichen. Die Bundes- und Landesregierungen, die das nicht wirksam unterbinden, handeln letztlich auch kommunalfeindlich.

Ermuntern wir die Menschen, politische Forderungen an die Stadt zu stellen. Ermuntern wir die Menschen, mitzumachen. Ermuntern wir die Menschen, Ihre Interessen individuell und im Gemeinwesen zu entfalten! Entwickeln wir daraus Ideen und Möglichkeiten für Marienmünster! Neue, gute Ideen entstehen nur ohne Schere im Kopf. Phrasen aber wirken kalt, abweisend, arrogant und ignorant, ersticken Engagement.

Meine Damen und Herren,

uns in Marienmünster ist unsere Grundschule wichtig, deren Bestand und Entwicklung. Dafür geben wir umsichtig, aber auch nachhaltig und mit inklusivem Anspruch Geld aus. Gut so! Selbstverständlich sollte es sein, die begleitende und unterstützende Sozialarbeit zu gewährleisten. Es würde viel zu teuer, wenn wir dabei sparen würden. - Noch ein Satz zum Thema Schule: Die Schuleingangsuntersuchungen sind derzeit seitens des Kreises zentralisiert worden – aus Personalgründen. Der Kreis sei aufgefordert, diesen Mangel zu beheben. Wir in Marienmünster wollen dafür sorgen, dass wir auch solche Räumlichkeiten in der Schule haben, in denen diese Untersuchungen vorm Schulstart in gebotener diskreter Form stattfinden können.

Die Kindergärten sind uns wichtig. Jetzt stehen diese vor der wachsenden Herausforderung, U3-Plätze in ausreichender Zahl einzurichten. Dabei sollten wir sorgsam prüfen, wo genau die Kleinsten ihre neuen Gruppenräume beziehen können. Der Weg nach draußen sollte sicher sein, nicht etwa über zwei Treppen führen.

Übrigens: Schule und Kindergarten beginnt allmorgendlich mit dem Weg dorthin. Wir sollten uns diese Wege in Bredenborn und Vörden (Amtsstraße) und Kollerbeck und in anderen Orten mal genauer angucken. Tun wir hier alles, was wir können für die Sicherheit unserer kleinen, aber auch großen Bürgerinnen und Bürger?

Das Kulturzentrum an der Abtei wächst und gedeiht, ist beliebt bei vielen Gästen aus Nah und Fern. Es lief und läuft nicht immer alles reibungslos ab. Insgesamt aber ist es unser gemeinsamer Stolz. „Genetisch“ ist es nicht unser Kind – soll heißen: Kommunal- und eigentumsrechtlich ist es nicht städtisch. Es ist aber irgendwie doch „unser aller Baby“. Wir haben Verantwortung, wir übernehmen sie. Dritte lassen wir aber auch nicht aus der Verantwortung. Möge es gemeinsam gelingen!

Das Hallenbad ist uns lieb und teuer. Und es kostet nochmals Geld (Lüftungsanlage, Kassenanlage). Wenn die Menschen hier und in der Umgebung diesen bescheidenen Luxus, den wir uns leisten, nutzen, ist es gut. Wir haben die Verpflichtung, die Bürgerinnen und Bürger stetig transparent über die Kostenseite zu informieren. Wir brauchen uns dabei nicht zu verstecken. Lasst uns die Nutzenseite genauso wie die Kostenseite sehr aufmerksam im Blick behalten!

Der Haushalt enthält Gelder für ein Sportstättenentwicklungskonzept. Mit einem externen Gutachter wollen wir den Zustand, die Nutzung und die Notwendigkeit der städtischen Sportplätze und Turnhallen untersuchen. Die Vereine und Ortschaften nehmen wir mit ins Boot. Das Konzept soll eine differenzierte Grundlage geben, um danach umfassend und öffentlich zu beraten. Der Austausch der Argumente mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Sportlerinnen und Sportlern ist Voraussetzung. Diskutieren wir fair und konstruktiv, damit wir danach mutig und gut entscheiden können.

Ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept, dass die Gemeinschaftshäuser und Bürgerhallen in den Orten zum Thema hat, ist ebenfalls sinnvoll. Wir unterstützen diese Idee des Bürgermeisters.

Klar, dass auch die Einrichtungen und Geräte der Löschgruppen in unserer Stadt angesichts des Standes der Technik und angesichts der Entwicklung der Dörfer unter die Lupe genommen werden müssen. Das sind schwierige Gespräche, die hoffentlich nicht den Zusammenhalt in den Dörfern und unter den Dörfern gefährden. Es ist wichtig, dass wir zu Ergebnissen kommen, die feuerwehrrechtliche Notwendigkeiten einhalten, soziale wie finanzielle Rahmen nicht sprengen.

Die Menschen in Marienmünster wollen auf die Leistungen eines gut funktionierenden Bauhofes nicht verzichten. Wir wollen diesen deshalb personell und technisch angemessen ausstatten. Der Haushaltsentwurf mit seinen aktuellen Änderungen gibt dafür die Möglichkeit. Gut so.

Marienmünster ist klein und fein, liegt idyllisch abseits der großen Autobahnen und Wasserstraßen. Die Menschen hier wollen aber nicht abgehängt werden von technologischen Entwicklungen. Gutes Internet könnte moderne Lebensqualität enorm steigern. „Macht es endlich!“, rufen wir den Entscheidern in Bund und Land zu. Wir sind keine Bittsteller, sondern drängen auf die Einhaltung unserer im Grundgesetz enthaltenen Rechte „gleicher Lebensbedingungen“!

Die Hauseigentümer-Quote in Marienmünster ist hoch. Hier kann man gut und günstig bauen. Enorm sind auf der anderen Seite die Mobilitätskosten. Umso wichtiger ist die zur Mobilität zugehörige Infrastruktur. Da hapert es noch. Friedhelm Potthast lässt nicht nach, darauf hinzuweisen. Zu verlässlichen Linien gehören sichere und moderne Haltestellen. Relativ hoch frequentiert wird der Busbahnhof Vörden. Wenn der nph hier keine barrierefreie Toilette für wartende und umsteigende Gäste installieren will, vernachlässigt er das Ziel der Kunden- und Gastfreundlichkeit. – Nun sollten wir wenigstens die Wartenden in Vörden auf die öffentliche Toilette im Rathaus mit einem Schild hinweisen. Ein erster Schritt wäre getan. – Über die Hintergründe bei der Neuplanung der Haltestellen in Bredenborn sind wir nicht amüsiert, not amused.

Länger warten müssen wir wohl auf die Barrierefreiheit im Rathaus selbst. Politische Teilhabe ist für Gehbehinderte in diesem Rathaussaal nahezu unmöglich. Das Thema wurde allgemein außer Acht gelassen. Ein Umbau wäre nicht einfach. Und Geld kostet es auch noch. Brauchen wir es wirklich? - Deutschland hat sich aber dem Inklusionsziel verpflichtet. Inklusion ist Menschenrecht und heißt hinschauen, nicht wegschauen. Die SPD eröffnet die Diskussion in Marienmünster darüber hiermit.

Die Demokratie steht auf dem Prüfstand. Weltweit, europaweit. Auch in Deutschland. Es gibt Strömungen, die Besorgnis erregen. Es gibt Entwicklungen, die ermutigen. Die SPD in Marienmünster beobachtet ein wachsendes Interesse von Frauen und Männern am politischen Diskurs. Der sozialdemokratische Ortsverein hat einen Zuwachs von mehr als 50 Prozent. Unsere Mitgliederversammlungen werden besucht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Menschen von U20 bis Ü50, Männer und erfreulich viele Frauen. Sie wollen erneuern! Sie wollen Demokratie stärken. Eben auch in Marienmünster. Es ist an der Zeit. Diesen Menschen danke ich besonders für ihre Impulse, die ich in diese Haushaltsrede habe einfließen lassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Im Januar 2018

Helmut Lensdorf

SPD-Fraktion Marienmünster

Stellvertretender Vorsitzender